

Resolution „Das Reform-Placebo: Nutzlos, teuer und ungerecht“

Versprochen hat die große Koalition, für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens zu sorgen, innerhalb des Gesundheitssystems den Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit zu intensivieren und die Lohnnebenkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu senken.

Von diesen Zielen wird die Bundesregierung mit ihren Plänen zur Gesundheitsreform nicht ein einziges erreichen. Die Finanzierung der Krankenversicherung wird nicht stabiler und nicht nachhaltiger. Der unzureichende Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit wird nicht stärker, sondern schwächer. Und die Beiträge werden nicht sinken, sondern bereits im kommenden Jahr deutlich steigen. Durch das Reformversagen der Koalition wird Gesundheit teurer, und die Versicherten zahlen die Zeche.

Der Gesundheitsfonds ist nutzlos. Durch ihn werden keine Probleme gelöst, sondern nur neue geschaffen.

Der vorgesehene Gesundheitsfonds führt zu einer ebenso komplizierten wie nutzlosen Veränderung der Finanzierungsströme. Er bringt mehr Bürokratie und mehr Belastung für die Versicherten. Der jedes Jahr von der Bundesregierung festzusetzende Einheitsbeitrag entzieht den Kassen die Finanzgestaltung und setzt sie auf finanzielle Hungerkur.

Die „kleine Kopfpauschale“ führt zu Rationierungen.

Die Krankenkassen sollen das über die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds hinaus benötigte Geld bei den Versicherten holen. Diese „kleine Kopfpauschale“ führt nicht nur zu höheren Belastungen für die Versicherten, sondern auch zu Leistungskürzungen: Die Koalitionsparteien haben vereinbart, dass der Zusatzbeitrag nicht mehr als 1 Prozent des Haushaltseinkommens betragen darf. An diese Grenze stoßen Versicherte mit geringen Einkommen aber schnell. So hat die AOK errechnet, dass schon bei einem Zusatzbeitrag in Höhe von 10 € rund 60 Prozent ihrer Versicherten diese Härtefallregelung beanspruchen könnten.

Krankenkassen mit vielen gering verdienenden Versicherten müssen weit überdurchschnittliche Zusatzbeiträge erheben, um die infolge der Härtefallregelung entstehenden Beitragsausfälle durch die Belastung ihrer gut verdienenden Versicherten auszugleichen. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Krankenkassen. Damit wird aber vor allem die Abwanderung freiwillig Krankenversicherter in die private Krankenversicherung in eine ganz neue Dimension gehoben.

Zu den 300.000 Personen, die heute jährlich die gesetzlichen Kassen in Richtung private Krankenversicherung verlassen, wird eine unübersehbare Zahl hinzukommen. Angesichts dieser Bedrohung werden die gesetzlichen Krankenkassen alles daran setzen, den Zusatzbeitrag zu vermeiden. Der Kassenwettbewerb wird sich nur noch um gut verdienende Gesunde drehen und die Kassen werden viele freiwillige Leistungen, wie z.B. für Gebärdendolmetscher, ergänzende Rehabilitationsleistungen oder Prävention, streichen.

Die Koalition greift den Versicherten tief in die Tasche und treibt die Lohnnebenkosten nach oben.

Für das nächste Jahr erwartet selbst die Bundesregierung einen Beitragsanstieg von 0,5 Prozentpunkten. Die Krankenkassen und auch das Bundesversicherungsamt gehen von

einem Anstieg von fast 0,8 Prozentpunkten aus. Auslöser dafür ist – neben der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen - die Steuerpolitik der Bundesregierung:

In einem beeindruckenden Zickzackkurs werden der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen (4,2 Mrd. Euro) gestrichen und mit der Mehrwertsteuererhöhung die Arznei- und Hilfsmittelkosten gesteigert (1 Mrd. Euro). Dann kommt wieder ein Mini-Zuschuss (1,5 Mrd. Euro), der in der vergangenen Woche für das Jahr 07 um 1 Mrd. Euro erhöht wird. Was bleibt: Ein unmittelbar politisch geschaffenes Milliardenloch.

Durch die Reform entsteht nicht mehr, sondern weniger Wettbewerb im Gesundheitswesen.

Um die Belastungen der Versicherten und Patienten infolge des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts begrenzen zu können, ist mehr Wettbewerb erforderlich. Krankenkassen, Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser müssen untereinander um mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit konkurrieren können. Doch dafür finden sich in den Reformplänen der Koalition allenfalls zaghafte Ansätze. Auch weiterhin wird der Regelfall so aussehen, dass Kartelle auf Kassen- und auf Anbieterseite miteinander Kollektivverträge aushandeln, die der einzelnen Kasse und dem einzelnen Arzt keinen Anreiz für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit geben. Und auch an den zunftartigen Strukturen im Apothekenwesen soll sich nach den Plänen der Koalition nichts ändern.

Statt die wachsenden Lasten auf mehr Schultern zu verteilen, hält die Bundesregierung an der Privilegierung von Privatversicherten und VermögensbesitzerInnen fest.

Es bleibt bei der sozial ungerechten und gesamtwirtschaftlich unvernünftigen Zweiteilung in gesetzliche und private Krankenvollversicherung. Besserverdienende, Beamte und Selbstständige müssen sich nicht am Solidarausgleich beteiligen. Das Solidarsystem muss weiterhin ohne die Stärksten auskommen. Zudem wird die gesetzliche Krankenversicherung auch weiterhin nur über die Arbeitseinkommen aus abhängiger Beschäftigung finanziert. Vermögenseinkommen werden auch künftig nicht in die Beitragspflicht einbezogen.

Folgen für die Versorgung in Baden-Württemberg

Die Menschen in Baden-Württemberg werden die Folgen dieser Reform deutlich spüren: Die nahezu schuldenfreien Krankenkassen im Land werden gezwungen, die Entschuldung von Kassen anderer Bundesländer mitzufinanzieren. Dieses führt zu höheren Beiträgen im Vorfeld der Reform und bedeutet die Bestrafung eigener Sanierungsanstrengungen. Die mit dem Fonds verbundene Abhängigkeit von Einheitsbeiträgen gibt Anlass zu Befürchtungen finanzieller Einbußen im Land und nimmt Gestaltungsmöglichkeiten in der Versorgung, wie z.B. den besonderen Verträgen zur Behandlung Nierenkranker, die es bisher gibt. Verminderte Einkommensmöglichkeiten in den Gesundheitsberufen und Verschlechterungen für chronisch Kranke wie auch in der Prävention sind die Folge.

Krankenhäuser sind bereits durch die bestehende Politik im Land gebeutelt: Es besteht ein aktueller Investitionsstau von 1,6 Mrd. Euro, der nur mühsam und zögerlich abgebaut werden kann. Sinkende Leistungen durch die Krankenkassen, neue Tarifabschlüsse, die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, Budgetkürzungen durch die Gesundheitsreform (in Baden-Württemberg sind das Mindereinnahmen von 100 Mio. Euro), können nicht mehr kompensiert werden. Die Konsequenz ist ein Krankenhaussterben und es wird vor allem die kleinen kommunalen Häuser treffen.

Wir teilen nicht das Bestreben des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, im Rahmen der Reform einen Finanzausgleich für den unterschiedlichen Anteil kranker Menschen je nach Kasse und Region zu verhindern. Das Ziel einer guten Versorgung verlangt nach einer Solidaritätsverpflichtung, wie sie das Bundesverfassungsgericht den starken Ländern bei der Abweisung der Klage gegen den bestehenden Risikostrukturausgleich auferlegt hat.

Bestehende Möglichkeiten für strukturelle Verbesserungen im Land wollen wir nutzen. Das unter Rot-Grün beschlossene Gesundheitsmodernisierungsgesetz hat erstmals Anreize gesetzt, um mit strukturellen Veränderungen die Kosten im Gesundheitswesen zu senken (MZVs, integrierte Versorgung). Wir wollen diese Ansätze fortführen, indem wir die Verzahnung von ambulantem und stationärem Angebot in möglichst vielen Regionen umsetzen, und z. B. Projekte wie die integrierte Versorgung im Kinzigtal ausweiten. Damit können auch kleine Standorte in der Fläche neue Attraktivität erlangen. Gerade in ländlichen Räumen sollen auch nichtärztliche Gesundheitsberufe eine größere Rolle im Versorgungsangebot spielen.

Die Gesundheitsreform, die wir meinen:

Stärkung der Solidarität, Belebung des Wettbewerbs und Förderung der Prävention

Die untauglichen Reformpläne gehören zu den Akten. Die Zusammenführung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung wäre die richtige Antwort auf die Probleme unseres Gesundheitswesens insbesondere auf seiner Finanzierungsseite. Durch sie würden Gerechtigkeitslücken geschlossen und die Finanzierung des Solidarsystems auf eine nachhaltige Grundlage gestellt. Zudem würde ein wesentlicher Beitrag zur wettbewerblichen Weiterentwicklung des Krankenversicherungssystems geleistet.

Da aber absehbar ist, dass die Große Koalition für ein derartig umfassendes Reformvorhaben nicht die Kraft aufbringt, sind Zwischenschritte erforderlich. Ein neues Reformkonzept sollte sich deshalb an folgenden Zielen orientieren:

1. Die Stärkung der Solidarität durch die Beteiligung der privat Krankenversicherten am Solidarausgleich innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung.
2. Die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen des Gesundheitswesens. Auch Einkommensarten, wie Mieten, Zinsen und Kapital müssen beitragspflichtig werden. Dadurch würde die Finanzierung der Krankenversicherung nachhaltiger und gerechter. Außerdem wäre sie weniger stark vom Arbeitsmarkt abhängig als bisher.
3. Die Belebung des Wettbewerbs. Dazu erforderlich ist insbesondere die Ablösung der Kollektivverträge durch Direktverträge zwischen Krankenversicherern und Anbietern von Gesundheitsleistungen. Darüber hinaus sind geeignete Rahmenbedingungen für mehr Preisverhandlungen zwischen Krankenkassen und Arzneimittelindustrie zu schaffen. Im Rahmen einer Positivliste müssen die Kassen Wirkstoffe ausschreiben können. Außerdem ist das Apothekenwesen u. a. durch die Aufhebung von Mehrbesitz- und Fremdbesitzverbot wettbewerblich weiterzuentwickeln.
4. Die Förderung der Prävention. Im Zuge des demografischen Wandels nimmt der Anteil chronisch-degenerativer Krankheiten ständig zu. Bereits heute verursachen diese Krankheiten mehr als zwei Drittel der Ausgaben der Krankenversorgung. Diese Krankheiten sind aber in erheblichen Umfang vermeidbar. Fachleute gehen davon aus, dass durch bloße Verhaltensänderungen mittelfristig etwa ein Viertel der chronisch-degenerativen Krankheiten vermieden werden könnten. Investitionen in die Prävention sind eine notwendige Voraussetzung dafür, dass unser Gesundheitswesen die künftigen Herausforderungen bewältigen kann.

Wir Grünen Baden-Württemberg sehen es in Bund und Land als unsere Aufgabe, die Reformatrappe der „großen“ Koalition anzugreifen und für eine Reform zu streiten, die diesen Namen verdient.